

klimaerwärmungsabschaffungsinitiative

© 2013 hobloverlag, Basel-Zofingen

Umschlagbild: Martin Loosli, www.martinloosli.ch
Gedruckt in der Schweiz

ISBN 999-9-88888-777-9

1. und letzte Auflage, 2 Exemplare

Rückblick 2013 - 2028
Ansprachen, Aufsätze, Gespräche



September 2013
Ansprache der Nationalratspräsidentin, Kurhotel Bergün

Herr Bundespräsident, werte Bündsrätinnen und Bundesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen National- und Ständeräte

Sie beeindrucken mich. Sie sind - und entschuldigen Sie den Ausdruck - Sie sind eine Bande von Revoluzzern. Sie haben eine friedliche Revolution durchgezogen, unbeeindruckt von Parteigrenzen und vor allem ohne Rücksicht auf LobbyistInnen und deren Besitzstände. Was an der letzten Wintersession in heimlichen Gesprächen vorbereitet wurde, ist in diesen zwei Wochen hier im Kurhaus Bergün Tatsache geworden. Ihre hier getroffenen Entscheidungen werden die Schweiz verändern. Ich bin stolz auf dieses Parlament, stolz auf Ihren Mut, auf Ihre Leistung und stolz darauf, dieses Parlament präsidieren zu dürfen.

Sehr geehrte ZuhörerInnen am Radio, ZuschauerInnen am Fernseher und im Internet, Leser und Leserinnen – liebe Schweizer Bevölkerung.

Sie haben nun endlich ein Recht auf Information. Auf Informationen zu der Bergüner Revolution von 2013. Als erstes möchte ich mich entschuldigen. Sie haben weder vor, noch während der zweiwöchigen Sondersession in Bergün irgendwelche Mitteilungen erhalten. Alle ParlamentarierInnen haben sich an die strikte Geheimhaltung gehalten. Hier in Bergün wurde sogar auf Handy- und Internetanschluss verzichtet. Zwei lange Wochen lang. Aber diese „Eremiten“-Zeit wurde genutzt zur ungestörten, konzentrierten Arbeit. Sie dürfen mir glauben, die Resultate lassen sich sehen.

Leider war es die letzten Jahre zunehmend schwierig, mit dem Parlament Lösungen für die grossen Probleme der Schweiz zu finden. Wir litten zunehmend unter der Öffentlichkeit unserer Arbeit. Wenn Vorschläge öffentlich sind, Stellungnahmen öffentlich sind und InteressenvertreterInnen einbezogen werden, dann läuft es auf einen permanenten Wahlkampf hinaus. Kampfparolen sind wichtiger als zukunftsgerichtete Resultate. Die Aussicht auf einen Verwaltungsratssitz wichtiger als das Wohl des Landes.

Den Teufelskreis wollten wir für einmal durchbrechen. Deshalb der Rückzug in die Berge. Vielleicht war die Demokratie noch nie so stark wie in diesen zwei Wochen Bergün. Keine Kommentare in den Medien, keine Verrisse, denn die Themen waren nicht bekannt. Alle vom Volk gewählten Parlamentarier und Parlamentarierinnen haben nach bestem Wissen und Gewissen entschieden. Und sie haben gut entschieden. Dieser Tag wird der Schweiz gut tun.

Von Zeit zu Zeit müssen wieder Pflöcke eingeschlagen werden. Wir haben uns vorgenommen, hier im Kurhaus Bergün zehn grosse Geschäfte zu verabschieden. Geschäfte, die den Weg vorgeben sollen. Zehn Pflöcke aus einer Auslese von dreissig von allen Parteien eingebrachten Visionen. Zwei Wochen haben wir über diesen Themen gebrütet, bis wir heute den zehn zu realisierenden Projekten zugestimmt haben.

Wir nennen die Resultate:

Die zehn Gebote von Bergün

Erstens: Die Energiebank Schweiz

Diese Bank führt das begrenzte persönliche Energiekonto ein und die Energiewährung.

.....

Zwei Tage später, September 2013
Judith und Robert Bratschi, Walisellen

Judith: Hast du gehört, was da in Bergün geschehen ist?

Robert: Ja, ja, sie nennen es Revolution, obwohl ich nicht sehe, wo denn der Gegner ist.

Judith: Ich glaube, das sind wir.

Robert: Wie meinst du das?

Judith: Das Parlament will jetzt unsere Energie rationieren, wenn ich richtig verstanden habe. Bald soll es nur noch für jeden so viel geben, wie die Erde verträgt.

Robert: Im Krieg gab es Lebensmittelmarken, nun also vielleicht Energiemarken. Das kann ich mir schlecht vorstellen. Und ob dann wirklich alle gleich viel – naja, das wäre dann keine Revolution, sondern ein Wunder.

Judith: Ich finde die Idee der Energiebank und dem persönlichen Energiekonto spannend. Dann werden wir herausfinden, wo wir stehen, gegenüber den Anderen.

Robert: Also Aeschlimanns mit ihrem Fuhrpark werden wohl ziemlich oben aus schiessen. Kannst du dir vorstellen, dass sie denen tatsächlich das Benzin kürzen werden?

Judith: Aeschlimanns haben dafür ein gut isoliertes Haus. Wer weiss, vielleicht werden wir noch vor ihnen Probleme bekommen.

Robert: Dann sollen wir also nur noch auf 15 Grad heizen und die Chinesen vermehren sich weiter wie die Kaninchen und verbrennen ihre Kohle. Das macht doch einfach keinen Sinn..

Judith: Darüber sollten wir uns nicht den Kopf zerbrechen. Ich schlage vor, wir planen noch für nächstes Jahr endlich unsere viel besprochene Weltreise. Wer weiss, ob dies in Zukunft noch möglich sein wird. Dann kannst du ja nebenbei den Chinesen direkt deine Meinung sagen...

Zwei Monate später, November 2013
Der FLP-Präsident an die Geschäftsleitung der Economysuisse

Werte Weggefährten

Ihren Unmut und die harten Worte, die meine Vorredner benutzten, kann ich nicht nachvollziehen. Sie erwarten von mir, dass ich mich von der Bergüner Revolution distanzieren. Doch, wir die FLP, waren Teil dieses Prozesses und wir sind stolz auf dieses Resultat.

Wie oft musste ich hier in diesem Gremium das Wort „Reformstau“ hören, wie oft wurde auch hier die Politik der kleinsten Schritte kritisiert?

Nun, der Reformstau wurde aufgelöst – so freut Euch doch!

Lasst mich kurz auf die stark kritisierte Energiebank Schweiz eingehen, auf die Energiewährung und die Energiekonten.

Seit Jahren beobachten wir mit Sorge die Auswirkungen des Verbrauchs von fossiler Energie. Die FLP hat früh schon auf diese Sorge reagiert und versuchte mit freiwilligen Massnahmen eine Trendwende zu bewirken. Wir haben uns immer gegen neue Vorschriften gestellt und gleichzeitig die Notwendigkeit der freiwilligen Massnahmen betont.

Wo stehen wir heute mit dieser Politik?

Einige Betriebe haben vorbildlich investiert und ihren Energiebedarf stark verkleinert, der grössere Teil der Betriebe hat jedoch nichts unternommen. Wenn wir heute immer noch auf freiwillige Massnahmen setzen, dann belohnen wir die Nichtstuer und bestrafen die Unternehmer, die langfristig denken und handeln. Dies kann nicht unser Ziel sein.

Heute brauchen wir einfach verbindlichere Vorgaben.

Mehrfach wurde von meinen Vorrednern betont, die Energiebank sei das Ende der liberalen Schweiz. Nun, was ist denn liberal? Freiheitlich, ja? Wie fühlt sich denn Freiheit im Dschungel an?

Wie Überlebenskampf.

Wir streben eine andere Freiheit an, eine geregelte mit gewissen Sicherheiten. Nur der Staat kann diese

Regeln aufstellen und Sicherheit bieten. Ein starker Staat regelt wenig, aber effizient. Innerhalb der klaren Regeln herrscht Freiheit. Ein schwacher Staat dagegen regelt viel und wenig effizient. Weil klare Regeln, klare Leitplanken fehlen, werden die Auswüchse durch eine Vielzahl von schwachen Vorschriften zu verhindern versucht. Die Bürokratie explodiert. Die Schweiz ist in den letzten zwanzig Jahren zu einem schwachen Staat verkommen, mit entsprechender Bürokratie. In Bergün wollten wir den Staat stärken, klare Regeln setzen mit viel Freiheit innerhalb des Rahmens.

Selten ist uns dies so gut gelungen wie mit der Energiebank Schweiz. Keine Lenkungsabgaben auf Energie, also keine neuen Steuern, keine Verbote von spritfressenden Fahrzeugen, keine Einschränkungen für den Flugverkehr, keine, keine, keine. Es gäbe eine lange Liste von Verboten, die bereits im Gespräch waren. Aber auch Subventionen gehören der Vergangenheit an. Die in den letzten Jahren zunehmend praktizierte Subventionierung von energetischen Sanierungen von Wohneigentum ist aus liberaler Sicht ein Sündenfall. Seien wir glücklich, wenn sie wieder verschwindet.

Zugegeben, die Energiebank Schweiz setzt einen klaren, engen Rahmen. Doch diesen Preis sind wir der drohenden Klimakatastrophe schuldig. Und innerhalb des Rahmens können wir uns frei bewegen. Und wer ein wenig kreativ ist, wird ein gutes Leben führen können. Ein freies Leben – auch mit 2'000 Watt an Stelle von 10'000 Watt. Wir werden feststellen, nicht die Anzahl Watt ist für unser Glück entscheidend, sondern viel mehr die Gewissheit, den richtigen Weg zu begehen und diesen Weg auch für andere Staaten vorzubereiten.

Wenn sich die Economysuisse als Verband versteht, der alte Pfründe sichern, nicht zeitgemässe Betriebe retten und den innovativen Betrieben Steine in den Weg legen will, dann soll sie die Energiebank Schweiz bekämpfen. Dann ist aber die FLP nicht mehr der richtige Partner. Die FLP ist bereit für eine gute Zukunft zu handeln und freut sich darauf.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Zwei Monate später, Januar 2014
Begrüssungsansprache des Direktors der Energiebank Schweiz

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Wir sollen also die in Bergün formulierte Initiative umsetzen. Die Energie im Auftrag des Bundes rationieren. Eine spannende Aufgabe.

Heute beginnt also die Energiebank Schweiz ihre Tätigkeit. Ab heute arbeiten wir an der neuen Währung. Die Währung unserer Bank heisst Kilowattstunde. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, diese Kilowattstunden in das tägliche Leben einzubringen, in die Produkte, in die Dienstleistungen. Kaufen wir zum Beispiel heute ein Brot, bezahlen wir den Preis in Franken, der das Mehl, die Arbeit des Bäckers, die Infrastruktur und die verwendete Energie umfasst. Damit sei der Wert der Energie abgedeckt, meint man. Doch diese Sicht ist einseitig, denn der heutige Energieverbrauch ist gekoppelt mit unserem Wohlstand. Das heisst: haben wir Geld, können wir viel konsumieren und viel Energie verbrauchen. Der Energieverbrauch soll aber sinken, unabhängig vom Reichtum der Bewohner und Bewohnerinnen.

Wir benötigen deshalb eine Energiewährung und ein entsprechendes Energieeinkommen. Dieses Energierecht zeigt uns Wattstunden genau wieviel Energie uns zusteht. Wir erhalten dieses Recht, dieses Energieeinkommen vom Staat geschenkt. Als bedingungsloses Grundeinkommen von Energie. Es wird in den ersten Jahren so hoch sein wie der aktuelle Durchschnittsverbrauch, wird dann aber sinken, um rasch den Stand der 2'000 Watt-Gesellschaft zu erreichen.

Wie aber bringen wir den richtigen Energiepreis aufs Brot? Und aufs Plastikspielzeug aus China? Auf's neue Handy? Auf die Massage? Dies wird eure Aufgabe sein. Doch ihr seid nicht allein. Die ganze Welt wird mitarbeiten auf Wikienergy.ch. So heisst die Plattform, die weltweit mit Energie-Informationsdaten versorgt wird. Firmen werden bemüht sein, ihre Produkte zu bewerten. Unsere Aufgabe wird es sein, diese Plattform zum Laufen zu bringen und die Glaubwürdigkeit der Daten zu sichern. Und wir werden in der Schweiz die individuellen Konten führen. Jeder Einwohner, jede Einwohnerin erhält

ein Konto bei der Energiebank Schweiz. Das Energiekonto. Zu Jahresbeginn erhält jedes Konto die gleiche Gutschrift. Von da an heisst es einteilen, Sorge tragen, Reserven bilden. Das sind die Privatkonten.

Auch unser Auftraggeber, der Bund, braucht ein Konto. Sowie die Kantone und alle Gemeinden. Denn sie alle verbrauchen ebenfalls Energie für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur. Wir werden diese Energieflüsse aufzeichnen. Bezahlen muss diese Energie die Bevölkerung mit den Energiesteuern. Die Gemeinde-Energiesteuer, die Kantons-Energiesteuer und die Bundes-Energiesteuer. Der Steuerfuss wird davon abhängen, wie viel Energie pro EinwohnerIn verbraucht wird. Es wird ein interessanter Steuerwettbewerb entstehen. Attraktiv werden jene Gemeinden und Kantone sein, welche sehr wenig Energiesteuern eintreiben müssen und die zusätzlich Arbeitsplätze und Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe anbieten können, denn auch die Mobilität wird zu einer unerwünschten Energieausgabe.

Wir werden auch für die Firmen Energiekonten eröffnen. Die Firmen können ihre Energieflüsse aufzeichnen lassen und so den Produkten zuordnen. Den Firmen wird die zur Verfügung stehende Energie nicht begrenzt. Ihre Erzeugnisse werden aber um die verbrauchte Energie teurer. Das heisst, die EinwohnerInnen werden es vorziehen, langlebige Produkte mit tiefer grauer Energie zu kaufen, sobald ihr persönliches Energieguthaben knapp wird. Die Firmen werden reagieren müssen, oder sie bleiben auf ihren Produkten sitzen.

Die Energiebank Schweiz ist ein Arbeitgeber mit sozialen Richtlinien. Hier zwei Beispiele: Wir haben ein beschränktes Lohngefälle. Das Gefälle zwischen dem tiefsten und dem höchsten Gehalt ist auf 1:3 beschränkt. Und alle werden Teilzeit arbeiten können. Nicht nur können. Wir werden siebzig Prozent Arbeitszeit als die normale Arbeitszeit ansehen. Natürlich können wir auf Wunsch kleinere und grössere Pensen nach Möglichkeit bewilligen.

Zwei interessante Gremien möchte ich Ihnen noch vorstellen:

Zum einen die Energiebörse. Sie besteht aus Experten für alle Energiequellen und – versorger. Sie legen den Preis für die Energiequellen fest (Preis, der auf dem Konto belastet wird, also z.B. 1.5 kWh/ für 1kWh Benzin). Dieser ist abhängig von der Verfügbarkeit, von der grauen Energie bei der Gewinnung, von den Gefahren, die aus dieser Energie für Umwelt und Menschen ausgeht und von der Klimawirkung. Diese Bewertung wird eine grosse Bedeutung erlangen. Von ihr wird abhängen, welche Energien in Zukunft bevorzugt werden. Diese Kommission wird die Energie-Nationalbank der Schweiz sein.

Zum anderen wird die Kreativ-Kommission eine spannende Gruppe bilden. Sie wird sich allen Fragen widmen, die nicht bereits im Voraus geklärt werden konnten. So die Fragen zum Energiewert bei den Occasionsprodukten, dem Vorgehen bei Investitionen, der privaten Energiegewinnung auf Häuser und so weiter. Da werden viele spannende Fragen auf die Kommission zukommen.

Keine Kommission, aber eine wichtige Abteilung möchte ich noch speziell vorstellen. Dies ist die Informatikabteilung. Sie wird uns die vielen nötigen Werkzeuge liefern, damit der Energiekonsum ohne Aufwand aufs Konto übertragen werden kann. Sei es in Form von App`s für die Smartphones, welche direkt die Mobilitätsaktivitäten registrieren, oder von Kombi-Kreditkarten, die gleichzeitig ein Bezahlen des Geld- und Energiebetrages ermöglichen.

Drei Jahre haben wir Zeit. Ab 2017 sollen achtzig Prozent der Konsumausgaben erfassbar sein und auf den Konten verbucht werden. Ab 2018 gilt es Ernst und die Energieguthaben werden begrenzt. Acht Jahre später wird jeder Einwohner, jede Einwohnerin gemäss Planung nur noch die Energiemenge einer 2'000 Watt-Gesellschaft erhalten. Also rund 17'400 kWh. 2025 wird die Schweiz eine andere sein als heute. Zum Schluss ein kurzer Blick über die Grenze. Die Klimaerwärmung bedroht nicht allein die Schweiz. Die

ganze Welt ist gefordert. Seit der Bergüner-Revolution haben sich bereits viele Länder für dieses Modell interessiert. Wir werden sicher mithelfen, die Energiebank Deutschland, die Energiebank China und vielleicht in ganz ferner Zukunft die Energiebank USA zu installieren. Erst dann werden wir die Klimaerwärmung stoppen können.

Drei Jahre später, Februar 2017
Sekundarschule, 6. Klasse, Lehrer Müller

Gestern haben wir über Geschichte und Auswirkungen des Geldes gesprochen. Heute möchten wir eine noch junge Währung kennenlernen. Die Energiewährung, die nächstes Jahr definitiv eingeführt wird. Also statt Geld Energie und statt Franken und Rappen Kilowatt- und Wattstunden. Vielleicht weiss jemand wieviel Kilowattstunden Energie in einem Liter Benzin enthalten sind?

Es sind ungefähr zehn Kilowattstunden.

Oder umgekehrt: Eine Kilowattstunde entspricht der Energie, die in einem Deziliter Benzin drin steckt. Diese Energie ist im Benzin, in einem Holzstück, in Kohle, oder in einer Batterie etc. gelagert und sie wird zu nützlicher Arbeit, wenn wir sie aus diesen Speichern herausholen. Also wenn wir das Benzin zum Beispiel in einem Fahrzeug verbrennen und dieses für uns fährt.

Ab dem nächsten Jahr erhalten wir ein jährliches Energiegrundeinkommen, auch Energieguthaben genannt. Diese Menge an Energie muss dann für ein Jahr reichen. Wir können grob festhalten, dass alle Konsumgüter nicht nur Geld kosten, sondern auch die Energie kosten, welche sie auf Grund der Produktion beinhalten. Diese wird in Zukunft separat von unserem individuellen Energiekonto abgezogen.

Betrachten wir kurz ein Brot: Um die Bäckerei zu erbauen, um den Backofen, um die Geräte herzustellen, benötigte es Energie. Das ist die Energie für die Infrastruktur. Diese wird auf die Lebensdauer der Bäckerei und der Geräte aufgeteilt und an die Produkte angerechnet. Dann braucht das Brot Mehl, Hefe und andere Stoffe. Diese haben ebenfalls Energie zur Herstellung benötigt und werden dazu gerechnet. Beim Kneten läuft eine Maschine und der Backofen bäckt das Brot. Auch diese Energie wird dem Brot belastet. Zuletzt kommt noch die Energie der Verpackung dazu. Dies ergibt den Energiepreis des Brotes, zur heutigen Zeit etwa 0.5 Kilowattstunden pro Kilogramm Brot.

Die Schweiz strebt innerhalb von acht Jahren eine 2'000 Watt-Gesellschaft an. Das heisst, jede Person hat zu jeder Zeit 2'000 Watt (Energie-)Leistung zur Verfügung. Nicht stündlich, nicht pro Minute, sondern

immer, fortwährend, egal, ob er gerade schläft oder Fussball spielt. Und dieses Recht auf Energieverbrauch wird uns jedes Jahr von Neuem auf unserem Energiekonto als Energie-Grundeinkommen gutgeschrieben. Lasst uns ausrechnen, wieviel Energie dies im Jahr ist. Wenn wir diese Leistung mit der Anzahl Stunden eines Jahres multiplizieren, also 2'000 Watt, entspricht 2 kW mit 24 Stunden und 365 Tage multiplizieren, dann erhalten wir die Energiemenge, die wir jedes Jahr zur Verfügung haben werden. Das sind ungefähr 17'500 kWh. Natürlich ist Energie und Energie nicht dasselbe. Ob sie aus Erdöl stammt oder von der Solarzelle ist für den Verbraucher grundsätzlich unwesentlich, nicht aber für den Staat. Denn dieser will, dass sich die Menschen problemloseren Energiequellen zuwenden, sofern erneuerbare Energiequellen vorhanden sind. Deshalb betreibt die Energiebank Schweiz die Energiebörse, die die Wechselkurse für die Energiequellen festlegt. Energie, die dringend reduziert werden muss, wird „teurer“ sein als Energie aus problemloseren Quellen. Auf diese Weise soll ein Übergang vom Erdöl und Atomstrom zu anderen Quellen gefördert werden.

Ihr seid die allerersten Menschen, die von klein auf ein Grundeinkommen von Energie und ein Energiekonto erhalten werden. Für Euch wird dies schon bald eine Selbstverständlichkeit sein und Ihr werdet problemlos zwei Preise und Währungen prüfen, bevor Ihr euch für einen Kauf entscheidet.

Ein Jahr später, Januar 2018
Einführung des Grundeinkommens von 80'000 kWh pro Person
Ansprache der Bundespräsidentin

Geschätzte Bankerinnen und Banker

Wie schön es ist, mit voller Überzeugung für Eure Arbeit danken zu können. Für eine Bank, die unsere Welt ein klein wenig besser macht. Dies ist selten im Bankwesen, leider. Eine besondere Freude habe ich an den Energiekonten. Es ist Anfang Januar und wir haben alle unser erstes Energie-Grundeinkommen erhalten. Dieses beläuft sich auf 80'000 kWh.

Wir haben also alle gleich viel auf dem Konto.

Ende Jahr werden die sparsameren Menschen noch Energie auf die Seite legen können, andere werden ihr Guthaben bereits aufgebraucht haben und versuchen, mit viel Geld zu zusätzlicher Energie zu kommen. Ihr habt eine Riesenleistung vollbracht. Innerhalb von vier Jahren ist die Energiewährung in der Bevölkerung etabliert. Die Produkte haben ihren Energiepreis erhalten, die Datenerfassung funktioniert. Bis zum Erreichen der 2'000-Watt-Gesellschaft wird der Bundesrat das jährliche Energie-Grundeinkommen schrittweise dem vorgegebenen Ziel anpassen.

Doch bereits heute verändert sich das Gesicht der Schweiz. Hunderte von Reparaturwerkstätten haben bereits diesen Winter ihre Arbeit aufgenommen. Sie hoffen, dass die Wegwerfmentalität ein Ende haben wird. Ebenso sind viele Geschäfte mit Artikeln für den täglichen Gebrauch in den Dorfzentren wieder eröffnet worden, nachdem sie in den letzten Jahren aus dem Dorfbild verschwunden sind. Sie bieten den BewohnerInnen eine Vielfalt von Produkten an, die ohne zusätzliche Mobilität bezogen werden können. Das sind positive Entwicklungen im Sinne unserer Strategie, die Klimaerwärmung zu reduzieren. Ich bin sehr stolz auf die Energiebank Schweiz. Und ich gratuliere Ihnen für die grossartige Leistung. Mein Brennholz, meine Solarenergie, meine Wasserkraft und mein Erdöl ist bei Ihnen in guten Händen. Herzlichen Dank für Ihren Einsatz.

Fünf Monate später, Juni, 2018
Primarschule 3.Klasse, Rechenstunde

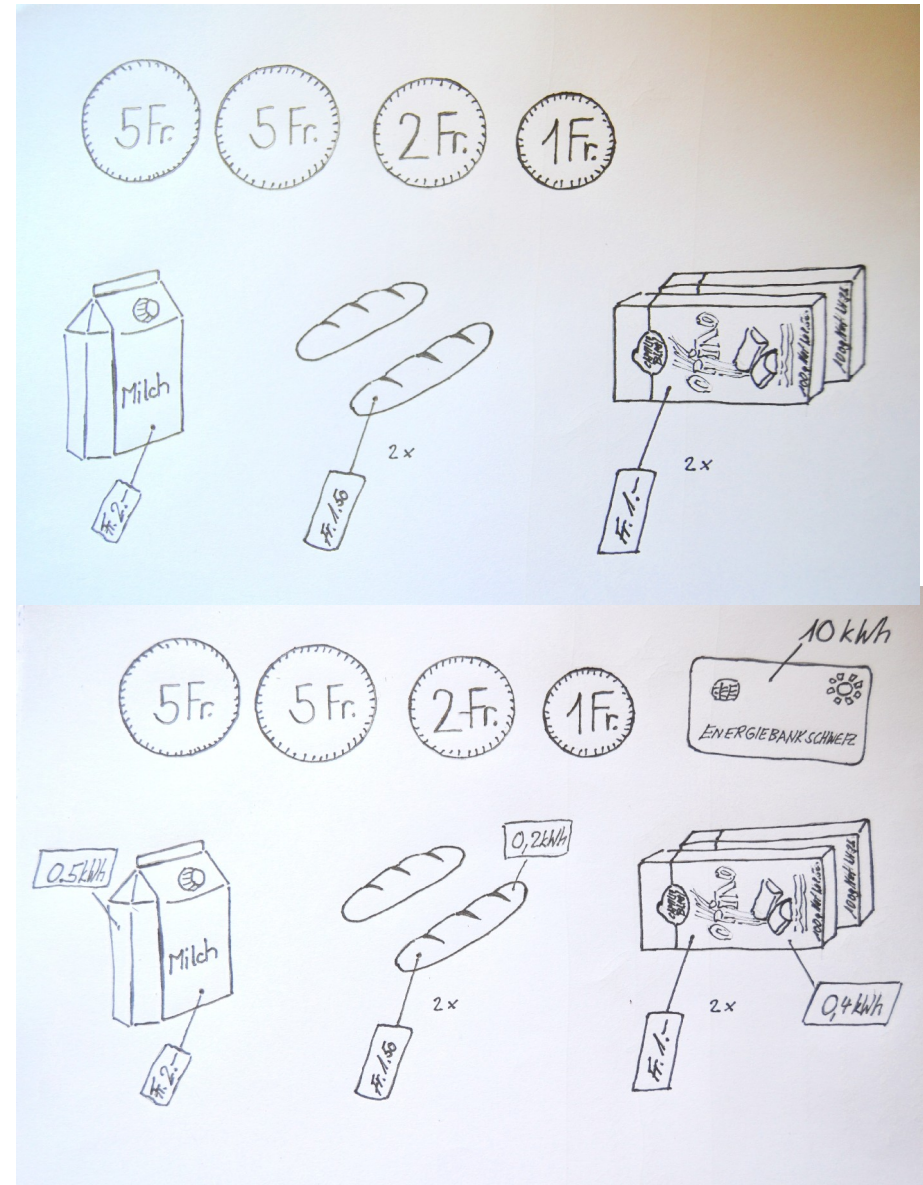
Lehrer: Hans erhält von seiner Mutter Geld wie auf der Zeichnung. Er soll ein Liter Milch, zwei Brot und zwei Tafeln Schokolade einkaufen. Was kostet es und wieviel bleibt ihm noch an Geld?

Lucia: Das kann man so nicht rechnen, wir wissen nicht wieviel Energie es kostet und wieviel Energie er dabei hat.

Lehrer: Bravo Lucia. Also machen wir die Aufgabe richtig, so wie wir es in den Läden auch tun müssen: Hans erhält von seiner Mutter Geld und und die Energiebankkarte mit zehn Kilowattstunden Energie. Was kostet dieser Einkauf und wieviel bleibt ihm noch an Geld und Energie?

Patrick: Es kostet 1.7 kWh und 7 Franken. Hans hat dann noch 8.3 Kilowattstunden auf der Karte und 6 Franken Restgeld.

Lehrer: Bravo Patrick.



Ein Monat später, Juli 2018
Sitzung der Kreativ-Kommission innerhalb der Energiebank Schweiz

Traktandum 1: Gratiszeitungen – Antrag zur Umlagerung der Energiepreispflicht.

Präsidentin Frau L. H. eröffnet die Sitzung.

Liebe Kollegin, liebe Kollegen

Als erstes haben wir einen gemeinsam von den Gratiszeitungen „20-Sekunden“ und „Blitz am Abend“ eingereichten Antrag zu behandeln. Der Antrag lautet: Der Energiepreis für die Gratiszeitungen soll von den Werbekunden bezahlt werden und nicht von den Zeitungslesern, denn sonst verliert die Gratiszeitung ihren Status einer kostenlosen Publikation. Ein Kartenlesesystem wird als zu teuer angeschaut und die Gefahr einer stark sinkenden Nachfrage sei gross. Meine Damen, meine Herren, darf ich Sie um Ihre Einschätzungen bitten?

A: Aus meiner Sicht ist die Rechtslage klar. Der oder die Konsumentin löst durch den Bezug der Zeitung die Produktion des Blattes aus und deshalb muss diese Person für die verbrauchte Energie aufkommen. Wenn wir durch Verrenkungen und Energieumschichtungen in Richtung Werbekunden versuchen, diese Zeitungen zu retten, schaffen wir ein sehr unangenehmes Präjudiz, das sofort eine Flut von weiteren Forderungen nach sich ziehen wird. Deshalb plädiere ich auf Antrag ablehnen.

B: Wir alle kennen die Haltung von A. gegenüber diesen Zeitungen. Er hält diese für Volksverdummung. Er geht sogar so weit, dass er diese als gefährlich einstuft, da die Menschen durch die täglichen Sex-and-Crime-Nachrichten ihre Welt nicht mehr richtig einschätzen können, denn dadurch erhielten Sie das Gefühl von Unsicherheit, wo kein plausibler Grund vorhanden ist, nur weil sie die vielen negativen Meldungen auf ihren Alltag projizierten. Unabhängig davon, ob A. Recht hat oder nicht, dürfen wir diese Zeitungen nicht allein deshalb vernichten, weil sie uns nicht in den Kram passen. Es gibt sehr wohl gute Gründe, den Antrag zu bewilligen. Wir alle erhalten Werbung in unsere Briefkästen. Wir müssen jedoch nicht für diese Energie

aufkommen. Wenn die Werbeflut auch noch einen redaktionellen Teil hat, dann haben wir faktisch eine Gratiszeitung im Briefkasten. Kein Mensch kann dies sinnvoll abgrenzen. Deshalb bin ich der Überzeugung, dass wir diesen Antrag bewilligen sollen.

C: B. hat vollkommen Recht, wenn er findet, dass persönliche Animositäten gegenüber einem Produkt hier keine Rolle spielen dürfen. Deshalb verstehe ich auch nicht, weshalb er A's Abneigung gegenüber den Gratiszeitungen hier verbreiten muss. A. kennt seine Aufgabe in diesem Gremium genügend gut, dass er die professionelle Distanz wahren kann. Es geht um den Entscheid, wer für die Energie der Zeitung verantwortlich ist. Da sehe ich einen sehr grossen Unterschied zwischen einem Werbeflyer oder Werbezeitung im Briefkasten und einer Zeitung, die in Behältern in den Bahnhöfen aufliegt. Wer aktiv eine Zeitung aus dem Behälter nimmt, hat sich für den Bezug dieses Blattes entschieden und muss die Energie dafür bezahlen. Wer seinen Briefkasten leert, der hat keine Werbung gesucht, sondern ungefragt erhalten und muss deshalb nicht dafür aufkommen. Für mich ist die Abgrenzung ziemlich klar und für alle Fälle nachvollziehbar. Der Antrag soll abgelehnt werden.

Die Präsidentin Frau L.H.: Ich teile die Meinung von A und C. Womit wir diesen Antrag mit drei zu einer Stimme ablehnen. Ich werde den beiden Gratiszeitungen unseren Entscheid mitteilen: Die LeserInnen der Zeitungen müssen für den Energieverbrauch der bezogenen Zeitung aufkommen. Mit welcher Technik dies gelöst wird, überlassen wir den Verlagen. Damit wenden wir uns dem Traktandum zwei zu: Altersheim „Röstigraben“ in Vorwileroltigen an der Sense. Dessen Leitung fragt an, ob die kantonale Verordnung zur Psychiatrie-Betreuung dem eidgenössischen 2'000-Watt-Gesellschaftsrecht über- oder untergeordnet sei. Ihr habt alle Unterlagen. Wer möchte das Wort ergreifen?

Zwei Jahre später, Mai 2020
Ruth und Paul Meyer, Diegten

- Ruth:** Paul, komm doch mal zum Tisch. Ich habe Ferienprospekte geholt. Wir sollten die Sommerferien endlich buchen.
- Paul:** Hast du was von Griechenland? Seit sich dieses Land erholt hat, soll es dort wahnsinnig toll sein und ich würde sowieso gerne ans Meer.
- Ruth:** Hier, das wär' doch was. Zwei Wochen Halbpension auf der Insel Kreta. Aktionspreis mit Zug und Schiff nur 1'500 kWh pro Person.
- Paul:** Zug und Schiff – das tönt nach einer Ewigkeit bis wir dort sind. Ich bin fürs Fliegen.
- Ruth:** Du vergisst wohl die Mahnung Deiner Eltern: Sie werden dir dieses Jahr nicht wieder mit Energie aushelfen, wenn du dann Ende Oktober erneut blank dastehst. Ich glaube, du solltest diese zwei Tage für die Reise einplanen.
- Paul:** Weisst Du was – Wir kompensieren unsere Flugreise mit ein paar Franken, wie vor drei Jahren unsere USA-Reise!
- Ruth:** (lacht) Ach Paul, das ist das Schöne an Dir. Du lebst immer irgendwie ein Jahrzehnt im Rückstand. Die Zeiten, wo die Afrikaner auf ein Auto verzichteten und wir dafür nach New York flogen, ist endgültig vorbei. Heute wird die Energie entweder verbraucht oder sie bleibt zur weiteren Verwendung auf dem Konto. Etwas anderes gibt es nicht.

Vier Monate später, September 2020
Podiumsdiskussion in Missgacht, Thema Überbauung „Central“
Paul Buser, Projektverantwortlicher
Heidi Schaffner, Komitee „Central“-Nein
Gesprächsleitung: Klaus Moll, Redaktor Volksblatt

Klaus Moll: Herr Buser, bitte stellen Sie den zahlreich erschienenen Zuhörern und Zuhörerinnen das Projekt Central vor.

Paul Buser: Gerne. Das „Central“, das sind zwei moderne Gebäude gleich beim Missgachter Bahnhof. Bevor ich auf Grösse und Funktion eingehe, möchte ich die Ausgangslage kurz ansprechen. Wie Sie alle wissen, ist die Gemeinde in den letzten Jahren stark gewachsen. Missgacht hat heute einen hohen Anteil an gut verdienenden BewohnerInnen, die in grosszügigen Häusern leben. Viele dieser Menschen nehmen eine weite Pendelstrecke in Kauf, um ihren Arbeitsort zu erreichen. Umgekehrt bietet Missgacht eine grosse Anzahl Arbeitsplätze. Diese sind aber eher in unteren Lohnstufen angesiedelt. Sehr viele auswärtige ArbeitnehmerInnen pendeln hierher. Nun ist es eine Tatsache - ob wir dies wollen oder nicht -, dass wir seit zwei Jahren alle ein begrenztes Energiekonto besitzen und dies bereits heute erste Auswirkungen zeigt. Die Menschen wollen nicht mehr grosse Distanzen pendeln. Denn das kostet Energie und Zeit und verbessert die Lebensqualität kaum. Einige überlegen sich den Wegzug aus Missgacht. Andere, die heute hierher pendeln, würden gerne in unsere Gemeinde ziehen, können sich aber die grosszügigen Villen nicht leisten. Sobald diese einen Arbeitsplatz in der Nähe ihres Wohnortes finden, werden sie ihre Stelle in Missgacht verlassen.

Im schlimmsten Fall wird unsere Gemeinde sowohl einen Teil der EinwohnerInnen, aber auch Firmen verlieren, da diese Mühe haben werden, genügend Personal zu rekrutieren. Was dann mit den Geschäften im Zentrum von Missgacht passiert, können wir uns ja ausdenken.

Das Projekt „Central“ versucht da kräftig Gegensteuer zu geben und die Gemeinde zu stärken. Im ersten Gebäude sind im Erdgeschoss Werkstätten und Ateliers für Gewerbe und KünstlerInnen vorgesehen. In den oberen Stockwerken sind 200 modernste Büroarbeitsplätze mit einem Druck- und Kopierraum sowie einer gemeinsam nutzbaren Küche/Cafeteria geplant. Die Menschen sollen ihren Arbeitgeber in Basel oder Zürich behalten können, das Pendeln aber reduzieren, indem sie nur noch einen, vielleicht zwei Tage die

Woche zum Hauptsitz fahren. Die restliche Arbeitszeit arbeiten sie im „Central“ zusammen mit anderen Menschen, die für andere Firmen arbeiten. Diese Arbeitsweise wird von den Menschen besser aufgenommen als Heimarbeit, da der soziale Austausch trotzdem möglich ist. Im Erdgeschoss des zweiten Gebäudes werden Geschäfte für die Grundversorgung Platz finden. Dafür haben wir auch bereits Interessenten. In den oberen Stockwerken sollen kleinere und mittlere Wohnungen entstehen für Menschen mit bescheidenem Einkommen, also Menschen, die einen Arbeitsplatz in der regionalen Industrie haben. Solcher Wohnraum ist bei uns sehr rar. Selbstverständlich werden beide Gebäude nahezu soviel Energie produzieren wie die Nutzer zum Heizen und Kühlen verbrauchen.

Klaus Moll: Besten Dank, Herr Buser. Frau Schaffner, Ihr Komitee lehnt dieses Projekt kategorisch ab. Was sind die Beweggründe?

Heidi Schaffner: Wenn Herr Buser wie vorhin seine Werbetrommel rührt, dann vergisst er gerne, die Rückseite der Medaille ebenfalls zu zeigen. Er verzichtet darauf, die elf Millionen Franken zu erwähnen, die von der öffentlichen Hand, also von uns allen, in dieses Projekt gesteckt werden müssen. Die Steuerzahler müssen diesen Geldbetrag einwerfen, weil sich kein Investor findet, der dieses Projekt finanzieren möchte. Zu gross ist das Risiko, dass diese Büroarbeitsplätze leer bleiben, dass keine Nachfrage für die Werkstätten besteht und die Wohnungen trotzdem zu teuer werden für die angepeilte Kundschaft. Stellen Sie sich das Debakel vor, wenn diese Gebäude mitten im Dorf leer stehen.

Missgacht ist ein grosses Dorf mit gewachsenen Strukturen. Die Gebäude haben höchstens vier Stockwerke und fügen sich ins Dorfbild ein. Diese zwei Hochhausklötze haben in diesem Dorf nichts verloren. Wenn, dann gehören sie nach Basel, Bern oder Zürich, aber sicher nicht in unser Dorf.

Ich teile die Befürchtungen von Herrn Buser nicht, dass Missgacht auf Grund des Energiekontos ein grosser Aderlass an Menschen oder Arbeitsplätzen bevorsteht. Missgacht ist ein sonniger Ort mit

Einkaufsmöglichkeiten und mit hervorragenden Zugverbindungen. Unsere Gemeinde ist für eine zukünftige 2'000-Watt-Gesellschaft gut positioniert.

Klaus Moll: Herr Buser, warum wird dieses Projekt nicht privat finanziert? Es ist doch ungewöhnlich, dass die öffentliche Hand so viel Geld in die Hand nehmen muss?

Paul Buser: Wir stellen eine grosse Verunsicherung bei den Investoren fest. Was geschieht mit den ländlichen Gemeinden, wenn das Energiegrundeinkommen in den nächsten Jahren weiter abnimmt? Niemand kann dies voraussagen. Sicher ist nur, dass ländliche Gemeinden unter Druck kommen werden. Ich bin überzeugt, dass jene Gemeinden am besten fahren werden, welche rechtzeitig auf die neue Situation reagieren und den Menschen Energiesparmöglichkeiten bieten. Und wir haben durchaus Investoren, die diese Meinung teilen. Schliesslich ist das „Central“ ein 32 Millionen Projekt und nur ein Drittel davon soll von der Gemeinde kommen. Dieser Anteil ist aber für die Investoren eine Grundbedingung, denn damit signalisiert die Gemeinde, dass sie die gewählte Strategie unterstützt. Diese zwei Gebäude werden Missgachts Leuchttürme sein, auf die die Menschen stolz sein werden.

Klaus Moll: Frau Schaffner, falls Sie sich täuschen und die Menschen Missgacht in grosser Zahl verlassen – werden Sie tatenlos zusehen oder haben Sie eine alternative Strategie?

Heidi Schaffner: Missgacht soll Geld investieren in Energieeffizienz, damit die Gemeinde für ihre Aufgaben Werkhof, Schulen, Verwaltung viel weniger Energie verbraucht. Auf diese Weise wird die Energiegemeindesteuer gesenkt und die Menschen entlastet. Missgacht ist so als Wohnort auch weiterhin sehr attraktiv und das Pendeln mit dem öffentlichen Verkehr passt dabei immer noch ins Budget. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Menschen diese schöne Gemeinde nicht verlassen werden!

Klaus Moll: Geschätzte ZuhörerInnen, wie erwartet konnten wir in dieser kurzen Gesprächsrunde nicht alle Details erörtern und vor allem keinen Konsens präsentieren. Trotzdem hoffen wir, dass Sie dank der hier erhaltenen Auslegeordnung ihre Meinung bilden konnten und dass Sie nächste Woche an der Gemeindeversammlung ihre Stimme abgeben werden.
Ich danke Frau Schaffner und Herrn Buser für die Teilnahme an diesem Podium und Ihnen, liebe ZuhörerInnen, danke ich herzlich für Ihr Interesse.

Ein Jahr später, Juli 2021
Judith und Robert Bratschi, Walisellen

- Judith:** Robert, können wir mal Kassensturz machen, ich mache mir etwas Sorgen bezüglich unserem Energie-Kontostand.
- Robert:** Ja, ich habe den Bankauszug mit unserem Energiesaldo gerade zur Hand. Letztes Jahr konnten wir beide noch etwas Energieguthaben auf die Seite legen, dieses Jahr mit dem reduzierten Energie-Grundeinkommen, sieht es weniger rosig aus. Wir haben Ende Juni etwas mehr als die Hälfte unseres Guthabens verbraucht.
- Judith:** Entweder wir ändern etwas oder wir werden auf unsere ersparten Reserven zurückgreifen müssen.
- Robert:** Ich glaube, wir haben noch Sparpotential. Mein Arbeitsweg zum Beispiel. Ich spiele schon länger mit dem Gedanken, einen Elektroroller zu kaufen und mich dadurch mit sieben statt mit achtzig Kilowattstunden pro 100 Kilometer zu bewegen.
- Judith:** Und wenn`s regnet? Bleibst Du dann zu Hause?
- Robert:** Wäre doch schön, nicht? Nun, wenn wir das Auto behalten sollten, dann würde ich wohl von Zeit zu Zeit aufs Auto zurückgreifen. Aber ich glaube, ich würde es auch ohne überstehen. Und ein Auto, das wenig gebraucht wird, kostet nur viel und macht wenig Sinn.
- Judith:** Du erstaunst mich. Bisher dachte ich, Du würdest nie verzichten wollen. Ich brauche es ja nicht häufig, bin aber sehr froh, wenn ich am Abend im Ausgang ein Auto zur Verfügung

- Robert:** habe. Werde es mir noch überlegen müssen, ob ich ganz verzichten will.
Hast Du auch noch Ideen?
- Judith:** Ich habe gehört, dass der Tumbler ein grosser Stromfresser sei. Ich habe einen grösseren Wäscheständer bestellt und werde in Zukunft unsere Wäsche aufhängen. Dies gibt mir nur unwesentlich mehr Arbeit und ich mache es eigentlich nicht ungern.
- Robert:** Toll, mit diesen beiden Massnahmen sind wir wieder für zwei, drei Jahre auf der guten Seite. Da können sie ruhig das Energieeinkommen noch ein wenig kürzen. Aber irgendwann werden wir dann doch entweder das Haus energetisch sanieren oder in ein sparsameres Mehrfamilienhaus ziehen müssen. Es ist mir aber recht, wenn wir dies heute noch nicht entscheiden müssen.

Fünf Jahre später, Dezember 2025
SECO-Rückblick aufs Jahr 2025 und Aussichten für das Folgejahr 2026

Die Schweiz schrumpft, schrumpft und schrumpft – aber ist zufriedener denn je.

Dies die kurze Zusammenfassung zur Lage der Nation 2025. Mit der Einführung des Energiekontos 2018 ist genau das geschehen, was die Gegner befürchtet hatten. Nicht nur der Energieverbrauch verkleinerte sich, sondern das Wirtschaftswachstum ist weg, die Wirtschaftsleistung sank sogar. Sie sinkt nun bereits seit acht Jahren und noch ist kein Ende absehbar. Heute erreichen wir ein BIP von rund 70 Prozent des Referenz-BIP 2017 vor der Begrenzung des Energieverbrauchs. Das ist dramatisch. Im Normalfall würde die Nationalbank reagieren und billiges Geld auf den Markt werfen, die öffentliche Hand grosse Investitionen vorziehen, doch nichts davon geschieht.

Der Grund ist einfach: Es ist kein Problem.

Die Arbeitslosigkeit ist nicht gestiegen. Die Menschen arbeiten Teilzeit und geben sich mit weniger Lohn zufrieden. Reichtum und Konsum haben an Wichtigkeit verloren. Doch weniger Lohn sowie eine kleinere Wirtschaftsleistung bedeuten auch weniger Steuereinnahmen. Die Befürchtung der Staat könnte handlungsunfähig werden, ist nicht eingetreten. Die Kassen der öffentlichen Hand sind gesund. Ein Grund ist sicher der Verzicht auf einige grosse Strassen- und Bahnprojekte, die durch den schrumpfenden Verkehr überflüssig geworden sind. Auch beschränkt sich der Staat heute mehr auf seine Kernaufgaben: Eine gute Infrastruktur zu bieten und die soziale Wohlfahrt. Die Wirtschaftsförderung wurde genauso zurückgefahren, wie die Armeeaussgaben. Zukünftig wird auf eine Luftwaffe ganz verzichtet.

Die Schweiz hat eine kleinere, aber hoch wettbewerbsfähige Wirtschaft voller Neuentwicklungen, die weltweit gefragt sind.

Geschrumpft ist auch die Siedlungsfläche, obwohl die Einwohnerzahl weiterhin leicht steigt. Dies wurde möglich, weil das Einfamilienhaus als Wohnmodell ausgedient hat. Jetzt wird vielfach in grossen Genossenschaftshäusern gelebt mit gemeinsamen Aufenthaltsräumen, Werkstätten und Pflanzflächen. Die

Bautätigkeit ist weiterhin recht hoch, da diese neuen Siedlungen zuerst entstehen müssen, doch bereits heute umfasst rund die Hälfte der Bauaktivitäten den Rückbau von Siedlungsfläche in Landwirtschaftsland. In der Strategie von Bundesrat Moritz Leuenberger aus dem Jahr 2000 sollte die Schweiz erst 2150 die 2'000 Watt-Gesellschaft erreichen. Tatsächlich haben wir dies dank der Energiewährung und der Rationierung der Energie 125 Jahre früher geschafft. Die Schweiz ist heute eine 2'000 Watt-Gesellschaft! Darauf dürfen wir stolz sein. Wir verbrauchen noch einen Viertel der Energie von 2010 und der CO₂-Ausstoss sank sogar um 90 Prozent, da der Anteil an erneuerbaren Energien gestiegen ist.

Zu den Aussichten für 2026. Das SECO verzichtet neuerdings auf Wachstumsprognosen. Denn diese haben keine Bedeutung mehr. Aus Umfragen wissen wir, dass noch mehr Menschen bereit sind, weniger Lohnarbeit zu verrichten, um mehr Zeit mit gemeinnützigen Tätigkeiten oder einfach mit kreativer Freizeit zu verbringen. Solange dieser Trend anhält, kann die Wirtschaft ohne negative Folgen weiter schrumpfen.

Der Bundesrat hat entschieden, das Energie-Grundeinkommen bei 17'500 Kilowattstunden zu belassen. Die Zeit des jährlichen Rückgangs ist vorbei. Steigt der Anteil der erneuerbaren Energien weiter, ist sogar eine Erhöhung des Energie-Grundeinkommens in naher Zukunft denkbar. Die Schweiz ist mit dieser Entwicklung nicht allein. Weitere fünfzehn Industrieländer erreichen dieses Jahr - auch dank deren Energiebanken - die 2'000 Watt-Gesellschaft. Geht es in diesem Tempo weiter, so ist der Klimawandel in fünf bis zehn Jahren überwunden!

Ein Monat später, Januar 2026
Jahresversammlung der Tantra-Massageschule

Liebe Aktionärinnen, liebe Aktionäre

Die Schweiz hat mehr Sinnlichkeit, mehr Zeit für Berührungen, für Freude an der Erotik. Seit bald fünf Jahren können wir die Nachfrage nach Tantra-Massage-Kursen - also Kurse für die Sexualenergie als ursprüngliche Lebenskraft und zur Selbsterkenntnis - nicht mehr decken und dies, obwohl wir neue Filialen eröffnet haben und deutlich mehr Kurse anbieten. Das ist gut für das Geschäft und es ist gut für die Menschen. Wurde vor kurzer Zeit noch die Befriedigung in der Karriere und im Konsum gesucht, wird diese heute häufiger bei sinnvollen Tätigkeiten und mit achtsamer, lustvoller, erotischer Aktivität mit dem Partner, der Partnerin gefunden. Nie hätte ich es für möglich gehalten, dass dieses Lebensgefühl für mehr als ein paar Prozente der Bevölkerung Tatsache wird. Ich beantrage der Aktionärsversammlung, weitere Mittel aus dem Gewinn bereit zu stellen, damit wir zusätzliche Zentren in kleineren Städten eröffnen können, um auch dort mehr Qualität in die Lust zu bringen. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Fünf Monate später, Juni 2026
Aufsatz des Schülers H.S. zum Thema: „Daheim“, 9. Klasse Münchenstein

Daheim

Aus meinem Fenster sehe ich den Sonnenuntergang mit den wunderbaren Farben. Wie gerne ich diesen Sonnenuntergang betrachtet habe. Das ist mein Daheim. Das war mein Daheim. Denn vor drei Jahren sind wir umgezogen. Nun lebe ich mit meinen Eltern am Rande der Stadt, in einem riesigen Haus zusammen mit etwa dreissig anderen Familien und Einzelpersonen. Wir haben kleine Zimmer in einer kleinen Wohnung, aber das Haus hat grosse Räume zur gemeinsamen Nutzung. Wir essen häufig zusammen mit den Nachbarn im Esssaal. Meine Mutter sucht dann noch gerne die Bibliothek auf und ich verziehe mich mit den anderen Jungs in den Bastelraum, zum Pingpong Tisch oder auf das Fussballfeld vor dem Haus. Dies ist jetzt mein Daheim und ich bin glücklich hier, auch wenn der Ausblick aus meinem Fenster nur das gegenüberliegende Haus zeigt.

Das Aufsatzthema wurde vor drei Tagen bekannt gegeben. Deshalb habe ich mein altes Daheim noch einmal aufgesucht. Es liegt in einem Dorf, rund dreissig Kilometer von der Stadt entfernt. Unser Haus stand wunderschön am Südhang, hoch über dem Dorf. Das Haus ist noch da. Und zwei, drei Nachbarhäuser auch. Sonst ist vieles weg. Wo vor fünf Jahren Blasers, Schneiders, Bergers und so weiter in ihren Häusern lebten, wächst jetzt Getreide. Einfach weg, die Quartierstrassen, die Häuser.

Wie ich den Mut aufgebracht habe, an „unserer“ Haustür zu klingeln, kann ich mir nicht mehr erklären. Jedenfalls sass ich kurz darauf im Wohnzimmer mit einer heissen Tasse Tee und würzig riechendem Gebäck vor mir. Mit den Händen und etwas Englisch konnten wir uns verständigen. Die Gemeinde nutzt diese Häuser als Asylantenheime. Rund fünfzehn Personen leben jetzt in diesem Haus. Wir waren damals drei. Das Schwimmbad ist noch da und wird von den Kindern rege benutzt. Irgendwie wurde ich ganz froh, soviel Leben in diesem Haus zu sehen.

Meine Erinnerungen an die letzten Jahre im Haus sind nicht sehr schön. Geld hatten wir genug. Wir waren

uns gewöhnt, jährlich mehrmals zu verreisen. Ich habe Hongkong, Peking, New York, Johannesburg und Katar gesehen und unzählige Sandstrände in verschiedenen Ländern. Meine Eltern waren viel mit ihren Autos unterwegs. Mit der Einführung des Energiekontos begann eine schwierige Zeit. Mein Vater war überzeugt, kraft seines Geldes immer genügend Energie kaufen zu können. Meine Mutter sah schon früh, dass wir unseren Lebensstil ändern sollten. Es gab viel Streit in dieser Zeit. Mein Vater gab ein Vermögen aus, um zu Energie zu kommen und trotzdem hatten wir immer zu wenig. Zuletzt entschieden wir uns auszuziehen. Doch es war reichlich spät. Niemand wollte mehr unser Haus kaufen. Die Gemeinde übernahm es für ein Butterbrot. Jetzt bin ich in dieser Siedlung daheim. Ich reise nur noch wenig, doch es fehlt mir nicht. Für uns war das Energiekonto schlussendlich ein Glücksfall – denn freiwillig hätten wir diesen Schritt nie vollzogen – ich hätte den Sonnenuntergang niemals hergegeben.

Ein Monat später, Juli 2026
Konferenz der Sozialhilfeschefen der Kantone, Ansprache des Präsidenten

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Es gibt Angebote, bei welchen es am besten ist, wenn sie gar nicht genutzt oder gebraucht werden. Das Spital zum Beispiel oder das Militär. Oder die Sozialhilfe. Sie werden mit mir einig sein, dass seit der Einführung der Energiewährung und der Konten mit begrenztem Energie-Grundeinkommen die Sozialhilfeämter in den Gemeinden nahezu verwaist sind. Nur noch einzelne Menschen sind auf Zuschüsse angewiesen. Manchmal brauchen sie auch nur Unterstützung bei der Vermarktung der überschüssigen Energie. Das ist eine sehr erfreuliche Entwicklung.

Doch damit dürfen wir uns nicht zurücklehnen. Es gibt eine neue Schicht von Sozialfällen, die heute durch alle Maschen fallen. Ich spreche von gut verdienenden Personen, die es nicht schaffen, auf ihre energiefressenden Statussymbole zu verzichten. Die süchtig sind nach schweren Autos usw. Sie opfern all ihr Geld, um die Energie zu beschaffen und sparen bei der Ernährung und den Kleidern für die Kinder. Ich bin der Meinung, dass die Gesellschaft auch diese Randständigen tragen soll. Ich hoffe, wir finden heute einen Weg, wie wir diesen Menschen mit Energie aushelfen können.

Auf dem Tisch liegt ein Vorschlag, dass in Zukunft auch die Sozialhilfeämter Energie-Guthaben von sparsamen Menschen aufkauft und diese dann den „Süchtigen“ als monatliche Sozialhilfe zur Verfügung stellt. Ich freue mich auf eine angeregte Diskussion.

Zwei Jahre später, Dezember 2028
Abschlussrede des Direktors der Energiebank Schweiz nach 15 Jahren Dienst

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren Parlamentarier, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Es ist sehr berührend, dass Sie so zahlreich an diese kleine Abschiedsfeier gekommen sind. 2014 war die Energiebank Schweiz nichts als ein mutiges Experiment mit unsicherem Ausgang. Schwarzmalerei, Skeptiker hatte es viele. Diese meinten zu wissen, dass dies das Ende der Schweiz bedeute und sie waren nicht leise. Doch das Gebot von Bergün war in Stein gemeißelt. Es wurde umgesetzt. Zum Glück. Und ich durfte von Beginn an dabei sein. Das erfüllt mich mit Dankbarkeit und Stolz. Wir haben viel erreicht. Wohl sogar mehr als wir uns erträumt hatten. Die Schweiz ist heute eine 2'000 Watt-Gesellschaft. Das postfossile Zeitalter hat begonnen. Es wird durchaus auch heute noch Erdöl verbrannt, so z.B. in der Landwirtschaft und im Transportgewerbe, doch das Erdöl ist nicht mehr die Basis und der Motor unseres Wohlstandes, höchstens noch ein nützlicher Begleiter.

Wachstum und Kapitalismus

Wir haben den Imperativ des ewigen Wachstums überwunden. Ohne Typhus, Pest und Cholera, ohne dritten Weltkrieg und ohne Verelendung und Emigration. Im Gegenteil: Wir haben das Wachstum überwunden und Wohlstand dazugewonnen.

Auch die Vermögensverteilung hat sich positiv verändert. Gehörten 2014 über siebzig Prozent des Vermögens einer kleinen Schicht von zehn Prozent der EinwohnerInnen, so braucht es heute fünfzig Prozent der Bevölkerung, um auf diesen Vermögensanteil zu kommen.

Es gibt Menschen, die sogar behaupten, damit sei der Kapitalismus überwunden worden. Doch diese Sichtweise teile ich nicht. Das Geld wurde tatsächlich mit der Einführung der parallelen Energiewährung etwas entmachtet. Geld hat nur noch dann einen Wert, wenn auch Energie vorhanden ist. Zudem

funktioniert die Energiewährung nicht wie das Geld. Sie wird jährlich neu an alle und in knapper Menge verteilt. Horten und ausleihen bringt keinen Zins. Die Energie kann nur aufbewahrt, verbraucht oder verkauft werden. Nicht mehr. Keine Spekulationsgeschäfte mit traumhaften Gewinnen oder Verlusten. Und das schönste an dieser Währung ist: ein chinesischer Wanderarbeiter erhält exakt gleich viel wie ein Schweizer Industrieller.

Das verändert die Machtverhältnisse.

Wir verdienen geldmässig das Zwanzig bis Hundertfache eines chinesischen Arbeiters. Dies hat uns früher entsprechend potent und fordernd auftreten lassen. Mit der Einführung der Energiewährung und einer, von der UNO kontrollierten, internationalen Handelsplattform für Energie erhält der Arbeiter, die Arbeiterin eine Wahlmöglichkeit. Sie ist nicht mehr gezwungen, jede Arbeit, alle Arbeitsbedingungen anzunehmen. Denn sie können notfalls auch von der verkauften Energie leben. Damit wurde faktisch das bedingungslose Grundeinkommen eingeführt und dies, ohne dass es den Staat etwas kostet. Dieses Grundeinkommen wird finanziert durch energiehungrige Menschen und Staaten. Und dieses Grundeinkommen ist vor allem in jenen Ländern wichtig, in denen der Staat keine sozialen Fangnetze anbietet.

Aus diesem Grund haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Schweiz in armen Ländern Energie zu guten Preisen aufkauft. Diese Energie wird jedoch nicht in die Schweiz transferiert, sondern im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit für Infrastrukturprojekte zur Verfügung gestellt. So erhalten die Menschen Geld und Kaufkraft. Sie werden als Kunden interessant und die Energie ist nicht, wie zu kolonialen Zeiten, dem Land entzogen, sondern sie wird für Projekte, die der Allgemeinheit dienen, eingesetzt und verbraucht.

Auch wenn die Schwächung des Geldes eine erfreuliche Nebenerscheinung ist, der Kapitalismus wurde nicht überwunden. Die Korruption, die Schattenwirtschaft, das Schwarzgeld ist weiterhin da. Manchmal befürchte ich sogar, diese ganze kriminelle Energie habe sogar noch zugenommen. Schliesslich steht noch

eine zusätzliche Währung zur Verfügung, mit der in irgend einer Form krimineller Gewinn erwirtschaftet werden kann. Bereits haben wir von Menschen gehört, die ihr Leben lassen mussten, worauf ihr Energieeinkommen unrechtmässig weiter bezogen wurde und in mafiaähnlichen Kartellen verschwand. Nein, der Kapitalismus wurde nicht überwunden und wir sind nicht zu einer Insel der Glückseligen geworden. Der Kapitalismus hat aber in weiten Teilen der Welt ein etwas freundlicheres Gesicht erhalten. Das ist nicht wenig. Denn seit Ende der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts ist der Kapitalismus eine einzige hässlich-gierige Fratze. Diese Schönheitsoperation war bitter nötig. Aber wir sollten uns nicht täuschen lassen. Operativ gestraffte Haut verändert den Charakter der Person nicht. Der Kapitalismus verlangt weiterhin straffe Zügel, sonst wird er weiter wüten.

Zersiedelung

Das Energiekonto hat geholfen, die Zubetonierung der Schweiz zu stoppen. Bestimmt erinnern sich die älteren Semester noch an die sich jährlich wiederholenden Mahnungen zu Beginn des neuen Jahrtausends: Jede Sekunde wird in der Schweiz ein Quadratmeter Boden versiegelt. Seit nun bald acht Jahren können wir mitteilen, dass alle zehn Sekunden ein Quadratmeter Boden der Landwirtschaft zurückgegeben wird. Dies ist weit mehr als wir erwarten durften. Selbstverständlich ist dieser Boden noch viele Jahrzehnte wenig fruchtbar, dazu fehlt einfach der gute Humus. Auch wurde bisher in den grossen Ebenen, dort wo ursprünglich das gute Ackerland war, wenig rückgebaut. Erst hie und da wuch ein Einkaufs- oder ein Sportzentrum, weit weg von den Zentren, da die Kundschaft verloren ging. Die meisten Rückbau-Gebiete sind jedoch die Einfamilienhaus-Streusiedlungen an den Südhängen der entlegenen Dörfer, die weit weg von den Arbeitsplätzen liegen.

Selbstverständlich sind diese Dörfer nicht immer glücklich über diese Veränderungen. Ihre grossen Infrastrukturprojekte wie Schwimmbäder, Mehrzweckhallen, Abwasseranlagen erweisen sich nun viel zu gross dimensioniert und der Unterhalt lässt sich kaum mehr finanzieren. Das Parlament sah sich gezwungen

eine zeitlich begrenzte Hilfe zu sprechen.

Dies ist das Resultat nach dreissig Jahren falsche Raumpolitik. Beim Einfamilienhaus hat die Schweiz versagt. Jahrzehntlang wurde dieser egoistische, Land vernichtende Wohnstil nicht nur geduldet, sondern mehrfach aktiv gefördert mit steuerlichen Vorteilen, mit zu billiger Mobilität und mit von der Nationalbank gelenkten billigen Hypothekarzinsen.

Der grösste politische Sündenfall begann aber nach der Jahrtausendwende mit der Einführung der staatlichen Subventionen für die energetische Sanierung der an Wert verlierenden Häuser. Diese von links bis rechts gutgeheissenen Subventionen wurden verteilt, obwohl bereits zu diesem Zeitpunkt absehbar war, dass diese Wohnform keine Zukunft haben wird.

Die Energiebank Schweiz ist nie aktiv gegen das Einfamilienhaus vorgegangen. Das war auch nicht nötig. Sie hat nur die Energie im Auftrag des Bundes rationiert, also verknappt. Und siehe da, auf einmal macht auch das Minergiehaus weit weg von Schule, Arbeitsplatz und Einkaufsmöglichkeiten keinen Sinn mehr.

Landwirtschaft und Arbeitsmarkt

Auch die Landwirtschaft wurde verändert. Wurde 2013 noch derart viel Kraftfutter importiert, dass damit die ganze Schweizer Bevölkerung hätte überleben können, so ist diese Menge heute stark zurückgegangen. Auch der Einsatz von Kunstdünger ist, da der Kunstdünger bei der Herstellung viel Energie verbraucht, sehr stark gesunken. Erfreulicherweise sind die pflanzlichen Erträge der Bauern trotz allem nur unwesentlich kleiner geworden. Fleisch und Milch werden aber weniger produziert.

Die Schweizer Landwirtschaft hat auch neue Kundschaft erhalten. Da die einheimischen Produkte in der Regel einen kleineren Energieinhalt haben als die importierten, werden sie heute weit stärker nachgefragt. Am meisten hat mich aber die durch die Energiebank Schweiz indirekt ausgelöste Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt beziehungsweise bei der Ausbildung gefreut. Die regionale Fertigung hat dank der Verknappung der Energie an Bedeutung gewonnen. Berufsleute mit guter Ausbildung sind wieder gesucht

und ihr Ansehen steigt. Dadurch haben Lehrstellen wieder einen höheren Stellenwert und das Studium ist nur noch eine von verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten. Das sind gute Zeichen für das Land.

Überwachungsstaat?

Alle diese grossen Veränderungen geschehen nicht, ohne Staub aufzuwirbeln. Wir mussten auch unangenehme Aktivitäten entfalten. So sammeln wir eine riesige Menge an Daten von allen Personen. Ihre Mobilität, ihre Einkäufe, ihre Hobbys, Spitalbesuche: wir haben einen - leider lässt sich das Wort nicht vermeiden - Überwachungsstaat eingerichtet. Es war uns aber immer ein sehr grosses Anliegen, dass keine Daten die Energiebank verlassen - auch nicht zu den Bundesbehörden - und das haben wir eingehalten. Wir haben auch die Energie-Cashcard eingeführt. Diese wird am Bancomat mit Energie geladen und kann dann wie Bargeld benutzt werden. Die mit der Energie-Cashcard getätigten Einkäufe lösen keine Buchungen auf der Energiebank aus und bleiben dadurch geheim.

Trotz der Cashcard und des sorgfältigen Umgangs mit den Daten bleibt das unangenehme Gefühl des „Big Brothers“ bestehen. Unterdessen haben auch Länder wie China unser System übernommen.

Energietechnisch ist das sicher sinnvoll. Es ist leider zu befürchten, dass damit die chinesische Opposition noch besser überwacht werden kann.

Auch mit den vielen Daten konnten wir nicht verhindern, dass die Umsätze, die neben dem Fiskus und neben dem Energiekonto durchgeschleust werden, eher zugenommen haben. Mit polizeilichen Methoden wollten wir dem auch nicht zu Leibe rücken und es wäre kaum erfolgsversprechend gewesen. Wir müssen weiter an einer ehrlichen, pflichtbewussten Grundhaltung der Menschen arbeiten. Dies ist uns leider nur zum Teil gelungen.

Die neuen Wohnformen

Als weiteren negativen Effekt betrachte ich mit Sorge die Entwicklungen in den neuen grossen Genossenschaftssiedlungen. Nach dem Auszug aus dem rein privaten Familienrahmen wurde wohl mit der Nähe etwas übertrieben. Drei Viertel aller Paare sind auseinander gegangen und haben sich mehrfach neu gebildet. Dies führt wohl zu grossen Gefühlen, aber vor allem zu grossen Spannungen innerhalb der Siedlungen. Es bleibt mir die Hoffnung, dass die in den Siedlungen aufgewachsene Generation besser mit Nähe wird umgehen können.

Auswirkungen auf die Dörfer

Das Energiekonto hat auch einiges zerstört, trotz Energie-Ausgleichszahlungen an benachteiligte Gebiete. Gewisse kleine Ferienorte mit schwacher Auslastung konnten die Energie für die künstliche Beschneigung, für die Saunaanlagen oder das Thermalbad nicht mehr aufbringen. Die Tourismusinfrastrukturen mussten schliessen. Die Auswanderung der BewohnerInnen setzte danach sofort ein. Selbstverständlich hat es auch positive Beispiele, wo rasch reagiert und erfolgreich ein sanfter Tourismus etabliert wurde. Trotzdem ist der Aderlass gross und die betroffenen Menschen haben uns nie kalt gelassen.

Andererseits erwarteten wir, dass die ganz grossen Konzerne mit ihren weltweiten Produktebeschaffungen, das neue Energieregime nicht überstehen würden. Wir hofften, die regionale Möbelfertigung würde die IDEA verdrängen, das neu gegründete Schneideratelier eine Konkurrenz für H&N sein. Dies ist nicht geschehen. Wohl mussten diese Firmen ihre Produktionen ein wenig umstellen, wohl wurden sie etwas teurer, trotzdem haben sie nur unwesentlich Marktanteile verloren. Vielleicht ist einzig positiv zu werten, dass ihre Verkaufsflächen heute zentrumsnaher sind und die Produkte langlebiger.

Meine Damen und Herren

ich bin aufgewachsen im Wissen, dass es nur einen Knopfdruck eines durchgedrehten Russen (oder Amerikaners) braucht und die Welt versinkt im Atomkrieg. Diese Gefahr war 1989 auf einmal weg.

Meine Kinder wuchsen mit der Gewissheit auf, dass der Klimakollaps nur eine Frage der Zeit ist. Heute ist diese Gefahr gebannt und kein Thema mehr. Ich bin glücklich, dass die Energiebank Schweiz dazu einen Beitrag leisten durfte.

Ich freue mich, nun meine verbleibende Lebens-Energie im Ruhestand zu geniessen und danke der ganzen Belegschaft für die tolle Zusammenarbeit.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Die zehn Gebote von Bergün

1.) Die Energiebank Schweiz

Die Energiebank Schweiz führt im Auftrag des Bundes die Energiewährung und das Energiekonto mit begrenztem Guthaben ein.

2.)..

3.)..

4.)..

5.)..

6.)..

7.)..

8.)..

9.)..

10.) ..

Das Parlament befreite 2013 - gemäss dieser Fiktion - mit den zehn Geboten von Bergün die Schweiz aus ihrer politischen Erstarrung. Das erste Gebot und die damit verbundenen Auswirkungen wurde in dieser Schrift ausgiebig behandelt. Noch unbekannt sind aber die Gebote 2 bis 10.

Haben Sie Ideen für weitere Gebote? Wir freuen uns auf Ihre Vorschläge!

Ideen und Vorschläge bitte an info@klimerwaermungsabschaffungsinitiative.ch

Weitere Informationen:
www.klimaerwaermungsabschaffungsinitiative.ch
www.energiebankschweiz.ch

Aktiv werden:
info@energiebankschweiz.ch

Autor

Pascal
dipl. Weltverbesserer FH

Titelbild, Lektorat

martinloosli.ch